



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831 - 33  
Fernschreiber 0886890

P/XIV/149 - 8. Juli 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Die radioaktive Verseuchung Wann wird die Bundesregierung endlich handeln? Von Professor Dr. Bechert, MdB, Mainz	125
4	"Grund zur Verzweiflung" Adenauer - "jetzt eine psychologische Angelegenheit"	46
5 - 6	Bildung über den "zweiten Weg" Im "Hessenkolleg" bereiten sich 53 junge Menschen auf die Hochschulreife vor	95
7	<u>Unser politisches Portrait:</u> Erich Ollenhauer - Ein Mann des Ausgleichs	32

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Die radioaktive Verseuchung

Von Professor Dr. Bechert, MdB, Mainz

Als die SPD-Bundestagsfraktion die Regierung in einer kleinen Anfrage nach dem jetzigen Stand radioaktiver Verseuchung in der Bundesrepublik fragte, da bekam sie und damit die deutsche Öffentlichkeit eine Antwort, die eine sonderbare Mischung von Wahrheitsstreben, Verharmlosung und Verheimlichung ist. Wie soll man es sonst nennen, wenn die Bundesregierung die Regenwasserverseuchung zwar angibt, aber so, dass die Angabe nur ein Physiker verstehen kann? Wer von den Bundestagsabgeordneten und wer in der deutschen Öffentlichkeit weiss dann, dass  $\mu\text{C}/\text{ml}$  eine Abkürzung für Mikrocurie pro Milliliter ist, und wer weiss denn wirklich, was diese Wortzusammenstellung bedeutet? Es steht zwar richtig, aber für Nichtphysiker unverständlich in der Antwort der Bundesregierung angegeben, wie hoch die Regenwasserverseuchung war. Schlimm aber ist, dass dort, wo der Antworttext der Bundesregierung auch für Nichtphysiker verständlich wird, die Verheimlichung beginnt. Dort heisst es nämlich, die Verseuchung des Regenwassers war im Januar 1959 das 60-fache der höchstzulässigen Trinkwasserverseuchung; das stimmt und entspricht der Angabe in dem Teil der Regierungsantwort, der für Nichtphysiker unverständlich ist. Die Bundesregierung setzt aber in dem für alle verständlichen Teil **n i c h t** hinzu, dass die Regenwasserverseuchung im Februar 1959 noch viel höher war, nämlich rund das 91-fache der höchstzulässigen Verseuchung betrug. **D i e s e** Angabe steht nur in dem Teil, der lediglich für Physiker verständlich ist. Aber für Physiker ist die Mitteilung der Bundesregierung nicht bestimmt gewesen. Dem Bundestag und der deutschen Öffentlichkeit hat die Bundesregierung nicht diese noch unbequemere Wahrheit über die Februarverseuchung gesagt, man hat bewusst und raffiniert verharmlost.

#### Gefahr im unmittelbar verwendeten Regenwasser

Es liegt System darin, denn weiter heisst es: Bei sorgfältiger Trinkwasseraufbereitung, die bei der Verwendung von Flusswasser ohnedies erforderlich ist, tritt im übrigen eine ausreichende "Decontamination" (= Entseuchung) ein. Es wird nicht gesagt, dass dies **n i c h t g i l t** für diejenigen, die Regenwasser **u n m i t t e l b a r** als Trinkwasser verwenden müssen. Für solche ist die höchstzulässige Menge an Radioaktivität im Trinkwasser im Januar und Februar dieses Jahres weit überschritten gewesen. Für diese Menschen ist es kein Trost, wenn die Bundesregierung im nächsten Absatz ihrer Antwort versichert, dass für die Trinkwasserversorgung in erster Linie das Grundwasser in Frage kommt; denn für diese Menschen ist ja gerade das Regenwasser die einzige Trinkwasserquelle, weil ihnen Grundwasser nicht zur Verfügung steht. Bei dieser Regenwasserverseuchung wäre es also nötig, dass die weitergehende Kontrolle ausgeübt würde, die feststellt, was für radioaktive Stoffe diese Verseuchung verursachen, und vor allem wieviel davon den **g e f ä h r l i c h e n** Stoffen Strontium-90, Caesium-137 und andere zuzuschreiben ist. Die Bundesregierung stellt zwar fest, dass bei Überschreiten der höchstzulässigen Menge eine solche Untersuchung nötig wäre, sie sagt aber nichts darüber, dass sie eine solche Untersuchung veranlasst hätte, die übrigens bei so hohen Überschreitungen, wie sie seit Jahren bei uns vorkommen, ständig und an vielen Orten fortgeführt werden müsste, nicht nur an einigen wenigen Stellen

in der Bundesrepublik.

### Keine Wahrheit für den Laien

Es ist recht bemerkenswert, dass dieselbe raffinierte Technik des Verheimlichens in einem Buch über die Wirkungen von Kernexplosionen angewandt wird, welches der Bundesverteidigungsminister mit einem empfindlichen Vorwort versehen hat, und das für die breite Öffentlichkeit bestimmt ist (Verlag Soldat und Technik, der Verfasser ist Referent für Kernphysik im Verteidigungsministerium). Auch dort wird das Verfahren geübt, für den Physiker und Sachkenner verständlich die Wahrheit zu sagen, aber in den für andere Leser verständlichen Aussagen zu verharmlosen und zu verschweigen. Und die Vorträge, die der Bundesluftschutzverband veranstalten lässt, zeigen dasselbe. Das deutsche Volk soll belogen, getäuscht werden über die wirkliche Grösse der Gefahr, die aus der kriegerischen und militärtechnischen Anwendung der Atomwaffen droht. Ein Netz weltweiten Betruges spannt sich über die Erde, die Politiker und Militärs des kalten und des heissen Krieges wollen nicht, dass die Wahrheit bekannt wird über die Folgen ihres Tuns.

### Abhilfe ist möglich

Bei den kleinen Mächten gibt es rühmliche Ausnahmen. So werden in der Schweiz im Jura Filter in die Trinkwasseranlagen eingebaut, in denen das Regenwasser von gefährlicher Radioaktivität befreit wird, das gleiche hat man auf einer dänischen Insel gemacht, als die Regenwasserverseuchung vor einigen Monaten bedrohlich angestiegen war.

### Auch die Lebensmittel sind in Gefahr

Die Lebensmittelverseuchung mit Strontium-90 nimmt bei uns immer mehr zu, natürlich auch die Verseuchung mit anderen gefährlichen Stoffen wie zum Beispiel Caesium-137. Da aber Strontium-90 vorerst der gefährlichste Stoff ist, kümmert man sich in der Wissenschaft meist nur um diesen Stoff. Strontium ist dem Calcium chemisch sehr ähnlich, so sehr, dass die Lebewesen Strontium einigermassen mit Calcium verwechseln. Wenn zu wenig Calcium neben Strontium in der Nahrung erhalten ist, wird Strontium stattdessen im Körper eingebaut, und da die Lebewesen zwischen radioaktiven und nichtradioaktivem Strontium nicht unterscheiden können, wird radioaktives Strontium, wie das berüchtigte Strontium-90, im Körper eingebaut, wenn es in der Nahrung vorhanden ist. Es kommt also darauf an, wieviel Strontium verglichen mit Calcium in den Nahrungsmitteln enthalten ist, und deshalb gibt man die Verseuchung in Strontium-90-Aktivität (gemessen in Mikro-Mikro-Curie Strontium-90) pro Gramm Calcium an. In der europäischen Nahrung überwiegen als Calciumlieferant bei weitem Milch und Milchprodukte; deshalb ist die Milchverseuchung bei uns ein entscheidendes Mass für die Verseuchung unseres Körpers. Manche andere Lebensmittel sind erheblich höher verseucht als Milch, aber sie tragen zur Körperverseuchung in der Durchschnittsnahrung bei uns erheblich weniger bei als Milch. Schlimm wird es aber, wenn die Milchverseuchung steigt, und

das tut sie bei uns seit Jahren. Im Frühjahr dieses Jahres waren wir bei 15 Prozent höchstzulässiger Verseuchung angelangt. Höher als Milch sind Gemüse und Obst verseucht, etwa 3 bis 7 mal mehr, bis zu 10 mal mehr höher kann Getreide verseucht sein, wo die Radioaktivität vor allem in der Schale des Getreidekorns sitzt, so dass solche Vollkornsorten, bei denen die Schale mitvermahlen ist, deutlich stärker verseucht sind als anderes Brot. Aber die Verseuchung dieser anderen Lebensmittel trägt bei unserer europäischen Ernährung wie gesagt, verhältnismässig wenig zur Verseuchung unseres Körpers bei. Das ist anders in Ländern, wo die Calciumzufuhr hauptsächlich durch Reis geschieht wie in Indien und Japan. Dort ist die Verseuchung der Durchschnittsnahrung im Frühjahr dieses Jahres bei 88 Prozent angelangt gewesen. Deutlich geringer verseucht als Milch ist Fleisch, vor allem Fisch. Es gibt aber Ausnahmen: Wildpret ist höher verseucht als Milch, und bei gewissen Fischen, die in Japan gefangen werden, sind hohe Verseuchungszahlen gefunden worden.

#### Uverantwortliche Haltung der verantwortlichen Instanzen

Das Bundesatomministerium spricht in seiner Antwort auf die kleine Anfrage der SPD davon, dass eine Erhöhung der radioaktiven Verseuchung durch Atomwaffenversuche es notwendig machen könnte, höchstzulässige Konzentrationen für Lebensmittel festzulegen. Aber bisher haben wir nichts davon gehört, dass solche Massnahmen ernstlich erwogen oder betrieben werden. Bei der Debatte über den Haushalt des Bundesinnenministeriums hat die Bundesregierung durch den Staatssekretär des Innenministeriums erklärt, dass man sich gegen die radioaktive Verseuchung, die ein Atomwaffen-Angriff hervorruft, verhältnismässig leicht schützen könne. Wenn die jetzige, nur durch Atomwaffenversuche erzeugte, viel geringere Verseuchung den Sachverständigen bereits Zukunftssorgen macht wegen der zunehmenden Körperverseuchung und wegen der Erbschäden - wie denkt sich die Bundesregierung der Schutz vor der ungeheuerlichen Verseuchung, die ein Angriff mit schmutzigen Wasserstoffbomben oder mit "gesalzene Atombomben" hervorruft? Ich wiederhole die Frage, die ich in der Debatte stellte: Will die Bundesregierung einen Bundesregenschirm gegen die radioaktiven Niederschläge und die daraus folgende Verseuchung aufspannen? Man komme uns nicht mit der zusehenderen wissenschaftlichen Feststellung, dass noch keine akute Gefahr bestehe. Wenn die Gefahr akut geworden ist, dann ist es endgültig zu spät. Denn Strontium-90, das sich in den Knochen festgesetzt hat, und dahin wandert es mit Vorliebe, bekommt man durch keine medizinische Massnahme wieder heraus. Und die Erbschäden an unseren Nachkommen, die voraussehbar zunehmende Zahl von Knochenkrebs- und Leukämiefällen - soll dieser ganze Wahnsinn immer noch weitergehen?

"Grund zur Verzweiflung"

sp - Die aus England in die Bundesrepublik gelangenden Nachrichten über die geradezu manische Vorstellung des Bundeskanzlers zum ganzen Komplex der Genfer Verhandlungen bringen das Bonner Auswärtige Amt langsam aber sicher zur Verzweiflung. Während Berufsdiplomaten bemüht sind - übrigens im Einvernehmen mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt - für die zweite Phase der Genfer Konferenz Verhandlungsthemen vorzubereiten, die den gefährlichen Trend zur isolierten Behandlung des Berlin-Problems in das Fahrwasser einer synchronisierten Erörterung über die Deutschlandfrage und das Sicherheitsproblem in Europa bringen sollen, beharrt Adenauer auf den Positionen, die sich in der ersten Verhandlungsphase als unrealistisch erwiesen haben.

Besonders die Engländer haben es dem Bundeskanzler angetan. Bei ihnen vermutet er das Vorhandensein finsterner Pläne. Er scheut sich nicht, mit Personen darüber zu sprechen, die selbstverständlich die merkwürdige Eigenart des Bundeskanzlers an entscheidender Stelle anbringen...

So schreibt der Bonner Korrespondent des "Daily Express":

"Die Haltung des Bundeskanzlers ist jetzt eine psychologische Angelegenheit geworden. Nichts kann ihn überzeugen, dass Grossbritannien kein doppeltes Spiel treibt."

Das Herumpfuschen Adenauers in der Aussenpolitik, seine von vielen Freunden der CDU so oft gelobte und manchmal sogar bewunderte "Primitivität" wächst sich allmählich zu einer Gefahr für die deutsch-englischen Beziehungen aus. So sagt derselbe Bonner Korrespondent des "Daily Express", Adenauer gebe einigen seiner engsten Berater - einschliesslich Aussenminister Heinrich von Brentano - Grund zur Verzweiflung. Dieser sehe sein sorgfältig vorbereitetes Fundament für die Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen zerbröckeln.

Adenauer hat einfach nicht begriffen, dass sich in letzter Zeit zwischen Washington und London eine Annäherung vollzogen hat, die sicher in der zweiten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz sehr stark in Erscheinung treten wird. Grundlage dieser Annäherung ist tatsächlich der Versuch, die Genfer Aussenministerkonferenz zu "entberlinisieren". Dagegen wird zwischen Bonn und Paris ein munteres Intrigenspiel aufgeführt, das der "kontinentalen Präponderanz" zum Durchbruch verhelfen soll. Es ist bekanntgeworden, dass der französische Aussenminister Couve de Murville Neigung zeigt, auch in der zweiten Phase der Genfer Aussenministerkonferenz das Berlin-Problem weiterhin isoliert von den europäischen Sicherheitsfragen zu diskutieren. Adenauer unterstützt diese Absicht.

Wir stellen das hier nur fest, um jetzt schon darauf hingewiesen zu haben, wie gefährlich die Einflüsse des alten Mannes aus Rhöndorf immer noch sind. Die isolierte Behandlung des Berlin-Problems auch in der zweiten Genfer Phase wäre der Verzicht auf die Ausweitung der Verhandlungen über die Entspannung des Ost-West-Verhältnisses.

## Bildung über den "zweiten" Weg

Der "Zweite Bildungsweg" ist ein wichtiges Anliegen der hessischen Kulturpolitik. Es bedurfte intensiver Vorbereitungen, um dieses kulturpolitische, letztlich aber auch politische Anliegen in die Tat umzusetzen. Im Frühjahr schliesslich konnte das "Hessenkolleg" in Wiesbaden eröffnet werden. Damit ist der "Zweite Bildungsweg" zunächst einmal komplett, das heisst, begabte junge Menschen können ihn wählen. Dass das "Hessenkolleg" nur ein bescheidener Anfang ist, darüber sind sich die Verantwortlichen einig.

Jungen Menschen, gleich welcher Herkunft, die ihren Weg durch die berufliche Arbeitswelt genommen, sich in ihr fachlich und charakterlich bewährt haben und den Nachweis ausreichender, zusätzlich erworbener Allgemeinbildung erbringen können, soll die Möglichkeit gegeben werden, sich in einem Bildungsgang neuer Prägung auf die Hochschulreife und damit auf ein Hochschulstudium vorzubereiten. 53 Jungen und Mädchen aus ganz Hessen, einige davon sogar aus anderen Bundesländern, haben inzwischen mit einem Vorsemester begonnen, an das sich eine Vollzeitschule mit Internat anschliessen soll. Sie werden unterrichtet in Deutsch, Wirtschafts-, Rechts-, Sozialkunde, Geschichte, Erdkunde, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Englisch, Latein, Religion, Philosophie und Leibesübungen. Daneben bestehen zusätzliche Arbeitsgemeinschaften. An einer muss jeder der Schüler teilnehmen.

### Die Hochschulreife

Es ist nicht der Sinn des neuen Bildungsweges, verpasste Gelegenheiten nachzuholen, indem er den üblichen Ausbildungsweg einer höheren Schule einfach verkürzt. Dafür sind die sogenannten Abend-Oberschulen da, die in einer gestrafften Form den Lehrstoff der Tagesgymnasien bringen und von ihren bereits erwachsenen Schülern schliesslich die übliche Reifeprüfung erwarten. Auch der neue Bildungsweg vermittelt die Hochschulreife. Er strebt sie jedoch ohne Umweg an durch die systematische Entfaltung und Pflege der geistigen und charakterlichen Potenzen von Menschen, die bereits im Berufsleben stehen.

Der neue Bildungsweg führt über den Beruf zur Fach- und Hochschulreife. Volksschülern, die eine entsprechend ausgestattete Berufsschule besucht und dort die sogenannte Fachschulreife erworben haben, können in das "Hessenkolleg" aufgenommen werden. Auch Handels- oder Haushaltsschulen vermitteln diese Fachschulreife.

### Erster Erfahrungsbericht

Ein Erfahrungsbericht über die Auslese der ersten 53 Schülerinnen und Schüler des "Hessenkolleg" gibt interessante Aufschlüsse über die Vorbildung, den Anlass und das Motiv zu der Bewertung. Von 151 Interessenten gehörten etwa zwei Drittel gewerblichen, ein Drittel kaufmännischen Berufsgruppen an. Fast alle hatten mit der Geiläufigkeitsprüfung abgeschlossen. 43 Prozent davon hatten die Volksschule besucht und die sogenannte Fachschulreife erworben, zumindest hatten sie durch Selbst-

studium einen entsprechenden Bildungsstand erreicht, 34 Prozent waren vorher in einer Berufsfachschule oder hatten die Mittlere Reife erworben, 23 Prozent verfügten über eine darüber hinausgehende Vorbildung.

Die meisten der Bewerber gaben einfach den Wunsch auf "Weiterkommen" als Motiv für ihre Bewerbung an. Rund ein Viertel von ihnen, Kinder von Heimatvertriebenen und Ausgebombten, hätten 1947/48 in die höhere Schule eintreten müssen, in einer Zeit also, in der die wirtschaftliche Existenz vieler Vertriebenen verzweifelt unsicher war. Bei weiteren 44 Prozent liegt die Situation ähnlich. Sie kommen aus kinderreichen Familien oder wurden in Mitteldeutschland geboren.

#### Die Eignungsprüfung

151 Bewerber mussten sich einer Eignungsprüfung unterziehen, in der der Wissensstand der Bewerber festgestellt werden sollte. Deutsch mit Geschichte, Mathematik mit Naturwissenschaften, Englisch und eine psychologische Eignungsprüfung waren die vier Teile des Ausleseverfahrens. Gut ein Drittel der Bewerber, insgesamt 53, erwiesen sich als sehr gut und gut geeignet. Bei den übrigen zeigten sich zum Teil erhebliche Mängel in der Vorbildung. 24 der Zugelassenen kommen aus gewerblichen, 18 aus kaufmännischen, 3 aus Landwirtschaftlichen und 8 aus sonstigen Berufen, 12 davon sind Kriegerwaisen, 12 Vertriebene und Kriegsbeschädigte, 7 sind aus Mitteldeutschland zugewandert, 19 kommen aus kinderreichen Familien.

#### Insgesamt zweieinhalb Jahre

Diese 53 Studierenden des "Hessenkolleg" haben jetzt mit einem Einführungshalbjahr (Vorsemester) begonnen. Es soll der Auffrischung, Ergänzung oder der Einführung in die Hauptfächer dienen. Für die vier Hauptsemester wird dann eine Studententafel ausgearbeitet, die eine Gabelung in einen sprachlichen, mathematischen und wirtschaftswissenschaftlichen Zweig vorsieht. Für die Reifeprüfung am Ende des Lehrgangs gilt die Vereinbarung der Kultusministerkonferenz. Bei der sozialen Stellung der Eltern der weitaus meisten Schüler spielt auch die Finanzierung der zweieinhalbjährigen Studienzeit eine erhebliche Rolle. Nebenbeschäftigungen, gleich welcher Art, werden bei den hohen Anforderungen, die gestellt werden müssen, nicht möglich sein. Wer im Internat wohnt, muss mit monatlich 190.-DM, wer zu Hause wohnt, mit 50 bis 90 DM rechnen. Auch für das "Hessenkolleg" garantiert das Land Hessen Schul- und Unterrichtsgefreiheit.

#### Zu wenig Verständnis

Die Schüler des neuen "Hessenkolleg", die zum Teil gutbezahlte Stellen in der freien Wirtschaft mit der in jeder Hinsicht "harten" Schulbank vertauschten, beklagen sich über den Mangel an Verständnis, den sie bei ihren Arbeitgebern feststellen mussten. Der "Herr-im-Hause-Standpunkt", der in den letzten Jahren vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben wieder stark bemerkbar wird, macht offensichtlich noch nicht einmal vor der privaten Sphäre des einzelnen halt. Viele Unternehmer sind gar nicht daran interessiert, dass sich ihre Angestellten über den Rahmen ihrer jetzigen Aufgaben hinaus fortbilden.

Die sozialdemokratische hessische Landesregierung hat mit dem "Hessenkolleg" die Möglichkeit dazu gegeben. Die erste Einrichtung dieser Art arbeitet in Wiesbaden. Die Landeshauptstadt hat die Schulträgerschaft übernommen. Das zweite "Hessenkolleg" soll in Frankfurt, ein drittes im nordhessischen Raum, möglicherweise in Kassel, eingerichtet werden.

+ + +

" Der Sozialdemokrat "

Unser politisches Portrait:

Erich Ollenhauer -

Ein Mann des Ausgleichs

W.W. Wer jemals Gelegenheit hatte, mit Erich Ollenhauer zu arbeiten und politische Probleme zu erörtern oder Entscheidungen zu treffen, der weiss, dass dieser Mann eine Eigenschaft besitzt, die in der politik von unschätzbarem Werte ist: die Besonnenheit. Ausbrüche politischer Leidenschaften sind ihm fremd. Er ist kein extremer Fanatiker, und er will auch nicht immer um jeden Preis seine Meinung durchsetzen oder recht behalten. Aber er hat ein Gefühl für Werte und Unwerte in der Politik, die in ihm immer eine klare und eindeutige Haltung sowohl in Ablehnung als auch in Zustimmung erzeugen. Politik ist sein Lebenselement. Er bleibt dabei immer der kluge Abwäger im politischen Kalkül, dessen letzter Orientierungspunkt die Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft ist.

Überall dort, wo Erich Ollenhauer spricht, aufbaut oder entscheidet, entsteht mit ihm jene klare und saubere Atmosphäre, die noch dadurch veredelt wird, dass sie von jener spezifisch menschlichen Güte durchdrungen ist, die wohl Erich Ollenhauers innersten Wesenskern bildet.

Seitdem wir wissen, wie verhängnisvoll sich Menschenhass in der Politik auszuwirken vermag, ist eine solche Fundierung einer exponierten politischen Persönlichkeit von unschätzbarem Wert. Mit ihr ist wohl das Geheimnis der ausgleichenden Kraft, die von Erich Ollenhauer ausgeht, gegeben. Das in ihm waltende Verbindliche strömt auf seine Mitarbeiter und auf alle, die mit ihm zusammen politisch zu denken und zu handeln haben, über und verschafft ihm jene Autorität, ohne die politisches Handeln nun einmal nicht denkbar ist.

Wenn Erich Ollenhauer heute den persönlichen Entschluss gefasst hat, kein Regierungsamt übernehmen zu wollen, so hat er sich dafür entschieden, seine ganze Kraft der Partei zu widmen, deren Führung sich unermüdlich für die Erhaltung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik einsetzt und als wahrer Sachwalter der Interessen des deutschen Volkes ihr Hauptanliegen im Ringen für die Erreichung eines als demokratischer und sozialer Rechtsstaat geeinigten Deutschlands sieht.

----- + + + -----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel